

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Verleger:** Dr. G. O. Bredow  
Herausgeber: Dr. G. O. Bredow  
Redaktion: Dr. G. O. Bredow  
Verlag: Dr. G. O. Bredow

**Abbestellung:** Bei Abbestellung muss die letzte Nummer des Abbestelljahres mitgeteilt werden.  
Abbestellungstermin: 1. März d. J.

**Druck:** Dr. G. O. Bredow  
Druckerei: Dr. G. O. Bredow

## Die Wiener Regierung zurückgetreten

### Dr. Buresch übernimmt die Neubildung

Wien, 27. Januar. In einem Ministerrat um 15.30 Uhr hat die Regierung Buresch ihren Gesamtrücktritt beschlossen. Der Bundeskanzler begab sich sofort zum Bundespräsidenten Miklas, der den Rücktritt der Gesamtregierung annahm und Dr. Buresch mit der Neubildung der Regierung betraute. Die Gründe des Rücktritts dürften in dem in der letzten Zeit von einem großen Teil der christlichsozialen Presse geäußerten Wünsche nach einer Verstärkung der Autorität der Regierung liegen. Dabei wurde wiederholt der Name Dr. Seipels genannt. Der Rücktritt ist das Ergebnis der Beratungen der Bundesparteileitung der Christlichsozialen Partei, die am Mittwoch begonnen haben.

Gegen 17.30 Uhr hatte Dr. Buresch eine Besprechung mit den Vertretern des nationalen Wirtschaftsbundes. Sie machten ihren Eintritt in die Regierung bekannt.

### Die Todesstrafe bleibt!

Wir standen vor einer fesselnden Situation: während die schrecklichsten Mordtaten von Tag zu Tag in erschreckender Weise häuften, waren wir drauf und dran, ein neues Strafrecht zu bekommen, das die einzige, dem gesunden Volksempfinden entsprechende Sühne, die Todesstrafe, nicht mehr kannte. Praktisch war die Todesstrafe in Deutschland durch die bekannte Anregung der Reichsregierung an die Länder, kein Todesurteil mehr zu vollstrecken, bereits abgeschafft. Dieser Tatsache war eine jahrelange Kampagne namentlich gewisser linksgerichteter Literaten vorausgegangen, die im Namen der viel mißbrauchten Menschlichkeit, die man natürlich Mördern zubilligen müsse, die Abschaffung der „mittelalterlichen“ Strafe forderten. Vor allem in sozialdemokratischen und demokratischen Kreisen wurde die Behauptung immer wieder gebraucht: „Wer gibt der Gesellschaft das Recht, auf einen Mord mit einem Mord zu antworten?“ Eine solche Auffassung konnte allerdings nur in einer Atmosphäre gedeihen, in der man im Sinne nach naturgemäß-demokratischer Auffassung nur noch einen Verein von selbstherrlichen Einzelindividuen sah. Wer dagegen im Sinne der Nation steht, deren Lebensrecht sich das Einzelwohl unbedingt unterzuordnen hat, wird eine solche Auffassung als die blutige Doktrin einer entmenselten Individualität ablehnen. Für inneren Zusammenhalt mit dem alle menschlichen Bindungen an die Nation leugnenden Kulturbolschewismus beweist diese Auffassung am schlagfertigsten durch das gütliche Wort dieser Rede: „Nicht der Mörder, der Gemordete ist schuldig.“ Es zeigt, welche Verwandtschaft es mit der vielgepriesenen Humanität derer hat, die am lautesten für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten sind.

## Dr. Sahm bildet den „Hindenburg-Ausschuß“

Ein „Aufruf an das deutsche Volk“ Anfang nächster Woche

Berlin, 27. Jan. Nachdem die von Brüning eingeleitete Aktion, auf parlamentarischen Wege eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs vorzunehmen, gescheitert war, war es um die Fragen, die sich aus der Reichspräsidentenwahl ergeben, zunächst etwas still geworden. Den schon damals aufgetauchten Gedanken, die Volkswahl durch einen überparteilichen Ausschuss vorzubereiten zu lassen, hat man aber im stillen weiterverfolgt, und es fanden in der letzten Zeit in Berlin verschiedene Kreise vertrauliche Besprechungen darüber statt, auf denen führende Persönlichkeiten aus den verschiedenen Gebieten hinzugezogen wurden.

Schon vor mehreren Tagen führten diese vertraulichen Besprechungen zu dem Ergebnis, daß der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm sich bereit erklärte, die Bildung eines solchen überparteilichen Ausschusses zu übernehmen.

Wahrscheinlich wären die Vorbereitungen für die Schaffung dieses Ausschusses noch einige Zeit im stillen fortgeführt worden, wenn nicht Verhandlungen aufgetaucht wären, denen zufolge die Nationalsozialistische Partei auf Antrag nächster Woche eine Zusammenkunft aller ihrer Führer in München anberaumt hat, in der der Reichspräsidentenfrage Stellung genommen werden soll. Nach diesen Verhandlungen, für die allerdings eine Bestätigung nicht zu erwarten ist, sollen die Nationalsozialisten die Wahl haben, für ihre Partei einen besonderen Kandidaten aufzustellen.

Offenbar um nun nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die überparteilichen Kreise die Dinge völlig untätig treiben ließen, ist nun Dr. Sahm heute zur Bekanntheit der Tatsache geschritten, daß er sich um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses bemühe, dem führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen und Lebensgebieten des deutschen Volkes angehören sollen, und der die Wiederwahl Hindenburgs im Wege der Volkswahl propagiert. Die Dr. Sahm weiter mitteilt, hat er sich bereits mit Männern und Frauen, die in enger Verbindung mit breiten Bevölkerungsschichten stehen, in Verbindung gesetzt. Die Vorbereitungen zur Bildung dieses Ausschusses sollen bereits zu weit vorgeschritten sein, daß man schon Anfang nächster Woche den Aufruf an das deutsche Volk veröffentlichen kann, der zur Wiederwahl Hindenburgs anfordert.

Von Seiten des Reichspräsidenten selbst liegen Kenntnisse darüber, ob er gewillt ist, sich zur Volkswahl zu stellen, bisher noch nicht vor. Es ist aber nach der bisherigen Stellungnahme Hindenburgs anzunehmen, daß er die Sachlage, besonders im Hinblick auf die Gerüchte von einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur, sehr genau prüfen wird, ehe er sich endgültig, sich von neuem zur Wahl zu stellen. Hindenburg hat ja verschiedentlich erklärt, daß er kein Amt nur dann weiterführen wolle, wenn dies dem Wunsch des gesamten Volkes entspreche.

Die Grundsätze, die davon wissen wollen, daß geplant sei, an die Spitze des überparteilichen Ausschusses drei Männer, und zwar Dr. Celler, Dr. Goebbels und den Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm zu setzen, werden von Seiten der Beteiligten dementiert.

Im Laufe des heutigen Tages hatte Reichspräsident v. Hindenburg eingehende Aussprachen sowohl mit dem

Reichskanzler Dr. Brüning, als auch mit dem Reichsinnenminister Dr. Brüning.

Reichskanzler Dr. Brüning, als auch mit dem Reichsinnenminister Dr. Brüning. Wenn auch an den amtlichen Stellen erklärt wird, daß diese Besprechungen vorzugsweise der Erörterung der inneren und äußeren Politik dienten, so nimmt man in politischen Kreisen doch an, daß auch die Frage der Reichspräsidentenwahl besprochen wurde. Es kann sich dabei angelehnt an die Vorarbeiten, in denen sich zur Zeit der von Dr. Sahm geleitete „Hindenburg-Ausschuß“, wie man den überparteilichen Ausschuss benennt, befindet, aber selbstverständlich nur um Erörterungen ganz allgemeinen Charakters gehandelt haben.

Unter Bezugnahme auf den heutigen Besuch Dr. Brüning beim Reichspräsidenten war auch das Gerücht verbreitet worden, daß der Reichskanzler sich mit Reichspräsidenten in der Frage der Reichspräsidentenwahl auseinandergesetzt habe. Dieses Gerücht wird an den amtlichen Stellen als gänzlich aus der Luft gegriffen bezeichnet.

### Ein Aufruf bayrischer Persönlichkeiten

München, 27. Jan. Eine größere Reihe bekannter bayrischer Persönlichkeiten hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen: „Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mit bedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht. Auf den Einhalt des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein anderer Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes; kein anderer verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiter ausübt. Sein Ausbleiben würde schwere Parteidämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiss ist, würde den Weg für Unfallsanwartschaften freimachen, die verurteilt werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist. Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutschlands Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichsverfassung steht die Volkswahl vor und damit die Umbildung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayrische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbestimmt. Wir halten uns daher bereit, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein zweiter Deutschland verkörpert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen. Unter Auf ergibt an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Parteien.“

Der Aufruf ist von bekannten Männern der Wirtschaft, bedeutenden Wissenschaftlern, hohen Offizieren der alten bayrischen Armee, führenden Männern der Presse, hohen Beamten, bekannten Künstlern, Männern der Bankwelt und von einer Reihe bayrischer Oberbürgermeister unterzeichnet. Unter den Unterzeichnern befinden sich u. a. folgende: Der frühere Präsident des Reichslinienverkehrs, v. a. v. d. Hoff, der frühere Präsident Dorn, ferner Generaloberst Graf v. v. d. Hoff, ferner Dr. Celler, Dr. Goebbels, Dr. Sahm, der frühere bayrische Landwirtschaftsminister Dr. Feger, der Schriftsteller Dr. Max Gailbe, der Akademiker Dr. Dr. Angelo Pant, Dr. Ernst Müller-Meiningen.

Reichspräsidentenwahl erlassen: „Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mit bedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht. Auf den Einhalt des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein anderer Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes; kein anderer verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiter ausübt. Sein Ausbleiben würde schwere Parteidämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiss ist, würde den Weg für Unfallsanwartschaften freimachen, die verurteilt werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist. Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutschlands Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichsverfassung steht die Volkswahl vor und damit die Umbildung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayrische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbestimmt. Wir halten uns daher bereit, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein zweiter Deutschland verkörpert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen. Unter Auf ergibt an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Parteien.“

Wie hat diese Humanität in ihr Gegenteil verkehrt hat, dafür haben wir Beispiele in Gasse und Halle. So ist es schon mehrere Male vorgekommen, daß begnadigte Raubmörder Justizhausrevallen angeteilt, bei denen Ausschüsse ihre Leben einbüßten. In einem Falle wurde der Mörder dann hingerichtet. Hätte man ihn früher nicht begnadigt, wäre ein unschuldiger Mensch noch am Leben. Wiederholt kam es auch vor, daß ausbrechende Mörder auf der Flucht sich ihnen entgegenstellende Gefängnisbeamte niederstießen. Ist es ferner nicht die entsetzliche Auswirkung einer falschen Humanität, wenn man an die Fälle denkt, wo die Witwe und die Kinder des Ermordeten ihrem Leben selbst ein Ende gemacht haben, weil sie, ihres Ernährers beraubt, aus ihrer Not keinen anderen Ausweg mehr sahen, während der Mörder die Erleichterungen des modernen Strafvollzuges genießt? Leider ist es ja nicht möglich, die Zahl derer zu erfassen, die noch am Leben wären, wenn das Risiko für den Mörder nicht durch die Propaganda der Gegner der Todesstrafe so gering geworden wäre. Aber leugnen läßt es sich nicht, daß viele Mordtaten in der Erwägung erfolgt sind, die der Mörder Tegner bei seiner Verhaftung im Blick in die bezeichnenden Worte gekleidet hat: „Den Kopf losreißen ja in Deutschland nicht.“ Ein anderer Mörder, der in Bayern, das sich an den Erlass der Reichsregierung, grundsätzlich kein Todesurteil mehr zu vollstrecken, nicht gehalten hat, hingerichtet wurde, war völlig laßnagel. „Bisher sind doch alle begnadigt worden“, sagte er zu dem Gefängnisgeistlichen. „Hätte ich gewußt, daß ich nicht begnadigt werde, so hätte ich den Mord ja nicht vollbracht.“ Zahlreiche ähnliche Aussagen von Mördern ließen sich zitieren, die immer wieder betonen, daß schon bei der Erwägung sehr vieler Mordtaten der Gedanke eine große Rolle spielte, daß ja praktisch ein Vollzug der Todesstrafe in Deutschland nicht mehr möglich sei.

Deshalb ist es nicht mehr wegzurechnen, daß die Todesstrafe das einzige gesicherte Sühne-